



Presseschau vom 21.03.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

wpered.su: **Kommunisten erzählten Schülern von den Verhaltensregeln beim Auffinden von explosiven Objekten**

Heute, am 20. März, haben Mitglieder der KP der DVR und der Union Sowjetischer Offiziere der DVR die Schule Nr. 103 besucht, die im frontnahen Petrowskij-Bezirk von Donezk liegt. Sie erklärten den Kindern die Verhaltensregeln beim Auffinden von explosiven Objekten, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Außerdem brachten die Kommunisten den Kindern Bücher und Kleidung.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2019/03/IMG_20190320_202007-768x576.jpg

vormittags:

de.sputniknews.com: „Botschaft an Russland“: USA schicken sechs B-52-Bomber nach Europa

Die US-Luftstreitkräfte haben sechs Bomber nach Europa geschickt, berichtet der TV-Sender CNN.

Es geht dabei um sechs strategische Bomber B-52 Stratofortress, die mit Atomwaffen bestückt werden können.

Dieser Schritt wird dem TV-Sender zufolge als „starke Botschaft an Russland“ bezeichnet, das „den 5. Jahrestag der militärischen Krim-Annexion“ feiert.

Die Bomber landeten demnach vorige Woche auf dem Luftstützpunkt RAF Fairford in Großbritannien und „nahmen an unterschiedlichen Trainingsmissionen in Europa teil“.

Am Montag hätten vier US-Bomber Flüge in mehrere europäische Orte unternommen: Sie seien über der Norwegischen See, der Ostsee (Estland) und dem Mittelmeer (Griechenland) gesichtet worden.

Laut CNN flogen die Maschinen auch nach Norden, in die Zone östlich der russischen Halbinsel Kamtschatka.

Am vergangenen Samstag jährte sich das Krim-Referendum, bei dem der Beitritt zu Russland beschlossen wurde, zum fünften Mal.

Die westlichen Länder bezeichnen die Wiedervereinigung der Halbinsel Krim mit Russland weiterhin als „Annexion“. Moskau weist seinerseits diesen Vorwurf mit der Begründung zurück, es habe auf der Halbinsel 2014 ein Referendum stattgefunden, bei dem auch ausländische Beobachter präsent gewesen seien. Knapp 97 Prozent der Krim-Bewohner hatten sich damals für den Beitritt zur Russischen Föderation ausgesprochen.

Der Kreml weist zugleich darauf hin, dass die Bewohner der Halbinsel den nationalistisch geprägten Staatsstreich in Kiew im Jahr 2014 nicht akzeptieren wollten. Auf der Krim befindet sich zudem der für Russland strategisch wichtige Flottenstützpunkt Sewastopol.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32435/19/324351980.jpg>

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden 13-mal die Positionen der Volksmiliz beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Solotoje-5, Frunse, Kalinowo, Molodjoshnoje, Kalinowo-Bortschtschewatoje, Smeloje, Losowoje, Obosnoje und Wesjola Gora.**

Geschossen wurde mit 122mm-Artilleriegeschützen, 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

de.sputniknews.com: **Insider: Sea Launch verabschiedet sich von ukrainischen Zenit-Trägerraketen**

Das russische Privatunternehmen S7 Space, der Besitzer des schwimmenden Weltraumbahnhofs Sea Launch am Äquator, will laut Sputnik-Informationen aus der Branche den vor zwei Jahren geschlossenen Vertrag über den Bau Zenit-Raketen mit dem ukrainischen Betrieb Juschmasch stornieren. Die Produktion von zwölf Trägerraketen steht damit auf der Kippe.

„Die Leitung von S7 Space hat die ukrainische Produktionsvereinigung Juschmasch über eine Aussetzung und eine geplante Kündigung des Vertrags in Kenntnis gesetzt“, erfuhr Sputnik aus den russischen Raumfahrtkreisen. Ein Vertreter von S7 Space bestätigte die geplante Vertragskündigung inoffiziell. Wie es hieß, soll die Produktion im April auf dem jetzigen Stand „auf Eis gelegt“ werden.

Die Juschmasch-Leitung hat sich jeglichen Kommentars dazu enthalten. Der Pressedienst von S7 Space sagte gegenüber Sputnik, der Vertrag sei gültig, gab jedoch keinen Kommentar hinsichtlich des weiteren Verlaufs des Deals ab. Wie es bei der russischen Weltraumbehörde Roskosmos hieß, lägen ihr keine Informationen über eine mögliche Vertragskündigung vor. Bis zum Jahr 2014 hatten in der Ukraine ansässige Betriebe von rund 80 Prozent der Bauteile für die Zenit-Raketen hergestellt.

Der Vertrag zwischen „S7 Sea Launch Limited“ (US-amerikanische Vertretung von S7 Space) und dem ukrainischen Yuzhmash über den Bau von zwölf Zenit-Raketen war am 28. April 2017 geschlossen worden. Die Trägerraketen sollten im Rahmen der Programme „Sea Launch“ und „Land Launch“ (Starts vom Raumbahnhof Baikonur) eingesetzt werden. Die beiden ersten Raketen sollten in den Jahren 2018 und 2019 fertig sein. Wie Sputnik aus einer weiteren Quelle in der russischen Raumfahrt-Branche erfuhr, habe S7 Space einen Teil der vertraglich festgelegten Geldsumme – rund 30 Millionen US-Dollar – an Yuzhmash gezahlt.

Der schwimmende Raumbahnhof „Sea Launch“ wurde 2014, nach seinem bisher letzten Raketenstart, eingemottet. Wegen der Verschlechterung der russisch-ukrainischen Beziehungen hatte die russische Holding Energomash nämlich keine Raketentriebwerke RD-171 mehr geliefert, die an die Zenit-Raketen von Yuzhmash angepasst waren. Die Gruppe S7 hatte im April 2018 den Kauf des gesamten „Sea Launch“-Vermögens – darunter des Schiffes „Sea Launch Commander“, der Plattform Odyssey und der in Long Beach (USA) befindlichen Ausrüstung – verkündet und war somit zum vollberechtigten Eigentümer des schwimmenden Raumbahnhofes „Sea Launch“ geworden. Der Gesamtwert des Deals, einschließlich der Entkonservierung, beträgt rund 150 Millionen US-Dollar. Der russische Raketenbauer RKK Energija hatte bereits Anfang 2017 mitgeteilt, dass die S7 Group auf die ukrainischen Zenit-Raketen verzichten wolle.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32036/67/320366710.jpg>

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 20. März 3:00 Uhr bis 21. März 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 7.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Jasinowataja, Jakowlewka, Wasiljewka, Donezk (Volvo-Zentrum, Siedlung des Abakumow-Bergwerks).**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 44.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 172.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“-waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: **Maduro wirft US-Behörden Diebstahl von Milliarden Dollar vor**

Venezuelas Präsident Nicolas Maduro hat den amerikanischen Behörden den Diebstahl von fünf Milliarden US-Dollar vorgeworfen. Dieses Geld sollte für den Kauf von Arzneimitteln ausgegeben werden.

„Man gibt sich enorme Mühe, damit alle (Venezolaner – Anm. d. Red.) freie und qualitative medizinische Hilfe bekommen und der Aggression der Administration von Donald Trump entgegentreten können“, schrieb Maduro in seinem Twitter-Account.

„Sie (die US-Behörden) haben uns fünf Milliarden Dollar entwendet, die für den Kauf von Arzneimitteln im Ausland bereitgestellt wurden.“

Ferner sagte er, dass die russischen Behörden in der nächsten Woche beginnen würden, Arzneimittel nach Venezuela zu liefern. Es gehe um mehrere Tonnen Medikamente und pharmazeutische Stoffe.

Venezuela ist seit Monaten mit einer Hyperinflation und Versorgungskrise konfrontiert. Der Bevölkerung des ölreichsten Landes der Welt mangelt es an Lebensmitteln und Medikamenten. Vor diesem Hintergrund kam es zu Protesten gegen Staatschef Maduro, der im Mai 2018 für eine zweite Amtszeit gewählt und am 10. Januar vereidigt worden war. Ende Januar eskalierten die Proteste. Berichten zufolge wurden bei den Auseinandersetzungen mindestens 16 Menschen getötet. Am 23. Januar erklärte der Oppositionschef Juan Guaidó Präsident Maduro für abgesetzt und sich selbst zum Übergangs-Staatschef. In den Folgewochen kam es zu Massendemos zur Unterstützung des gewählten Präsidenten Maduro. Russland, China und eine Reihe anderer Länder bekundeten Maduro ihre Unterstützung.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32441/90/324419008.jpg>

Dan-news.info: **Die Armee der Ukraine hat die Schule Nr. 116 des frontnahen Petrowskij-Bezirks von Donezk beschossen**, als dort Unterricht stattfand, es gibt Schäden am Gebäude der Einrichtung.

„Heute gegen 8:00 – 8:10 Uhr, als die Schulglocke läutete und die Kinder in die Klassenräume gingen, begann es heftig zu klirren. Wir haben die Kinder sofort an einen sicheren Ort evakuiert. Insgesamt befanden sich zu der Zeit etwa 100 Kinder in der Schule. Dann kamen zu uns Mitarbeiter des Zivilschutzes und kontrollierten das Territorium, sie entdeckten unter einem Fenster der Schule ein Geschoss“, teilte die Direktorin der Schule Irina Staschewskaja mit.

Sie fügte hinzu, dass es am Gebäude Schäden am Dach und an den Wänden gibt. Der Unterricht wurde eingestellt und die Schüler nach der Evakuierung nach Hause geschickt. Informationen über Verletzte gibt es nicht.

Eine operative Gruppe der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feuereinstellung ist vor Ort.

Die Schule Nr. 116 des Petrowskij-Bezirk von Donezk hat die ersten Schüler 1939

aufgenommen. Während des Bürgerkriegs in der Ukraine geriet sie mehrfach unter Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte. Unter anderem wurden 2014 das Dach, die Fenster und technische Infrastruktur beschädigt. Der Wiederaufbau der Schule begann 2015, aber wegen weiterer Beschüsse mussten die Reparaturarbeiten eingestellt werden, sie gingen erst im Juli 2018 weiter. Im Februar 2019 wurde die Schule wieder für Schüler geöffnet.

de.sputniknews.com: **Finaler Brückenschlag zwischen Russland und China perfekt**
Russland und China feiern ihre erste Brückenhochzeit: Die beiden Teile der 2215 Meter langen Brücke über den Amur sind nach fünf Baujahren miteinander verbunden worden. Die Eisenbahnbrücke ist die erste überhaupt zwischen beiden Staaten. Sie soll noch 2019 dem Verkehr übergeben werden. Eine zehnmal längere Brücke steht schon in den Startlöchern. Russland hat am Mittwoch seinen 329 Meter langen Teil der Brücke fertiggestellt, teilte die Regierung der chinesischen Provinz Heilongjiang am Donnerstag mit. Die letzte Stahlkonstruktion sei am 20. März montiert worden und habe die beiden Teile der ersten russisch-chinesischen Eisenbahnbrücke miteinander verbunden.

Die Brücke, die die russische Stadt Nischneleninskoje im Jüdischen Autonomen Gebiet mit der chinesischen Stadt Tongjiang verbindet, soll noch 2019 eröffnet werden. Danach sollen bis zu 21 Millionen Tonnen Frachten im Jahr über sie in beide Richtungen transportiert werden.

China hatte seinen 1886 Meter langen Brückenteil bereits im Oktober fertiggestellt. Nach Angaben der zuständigen russischen Brückenbaufirma Skmost soll die neue Verbindung den Weg russischer Exportartikel nach China und Südostasien um bis zu 1760 Kilometer kürzer machen.

Rund 440 Kilometer nordwestlicher entsteht indes eine weitere, viel größere Grenzbrücke über den Amur: Die fast 20 Kilometer lange Verbindung zwischen dem russischen Blagoweschtschensk und dem chinesischen Heihe soll 2020 dem Verkehr übergeben werden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32442/21/324422114.jpg>

de.sputniknews.com: **Dumm, dreist, ZDF – „Frontal21“ hetzt erneut gegen Russland wegen Brexit**

Das ZDF-Magazin „Frontal21“ berichtete zuletzt über „Dubiose Geldgeber – Die Drahtzieher des Brexits“. Dabei wurde erneut eine angebliche russische Einflussnahme konstruiert. Die neueste Masche der antirussischen Hetze des ZDF kommt aber in einer unverfrorenen Dreistigkeit daher, die selbst in dieser Hinsicht erfahrene Beobachter überrascht.

Wenn es um die Russland-Berichterstattung geht, ist man inzwischen einiges gewohnt vom ZDF und speziell dessen Redaktion „Frontal21“, die als „Das investigative Magazin“

beworben wird. Die aktuelle Sendung vom 19. März 2019 präsentierte allerdings ein Machwerk, das vielleicht als Paradebeispiel für schamlose Propaganda taugt, aber nicht als investigativer Journalismus. Das ist vor allem deshalb ärgerlich bzw. unverständlich, weil der Autor des Beitrages „Dubiose Geldgeber – Die Drahtzieher des Brexits“ als einer der versiertesten so genannten Investigativ-Journalisten Deutschlands gilt, mit Preisen geehrt, gern zitiert und zu Gesprächsrunden eingeladen, in denen er über Qualitätsjournalismus referiert. In der Tat hat seine außergewöhnliche Rechercheleistung zum NSU-Skandal alles Lob verdient. Umso fassungsloser macht deshalb die auf Praktikantenniveau präsentierte Recherche und die willkürliche Verknappung, Auslassung und denunzierende Interpretation der Ergebnisse für den hier in Rede stehenden Beitrag.

In der Anmoderation und in den ersten achteinhalb Minuten des knapp 11-minütigen Beitrages werden die Wörter Russland oder russisch zunächst kein einziges Mal erwähnt. Als es dann ab 08:34 min schließlich losgeht mit den Mutmaßungen, Russland hätte den Brexit auf ungesetzliche Weise und mit viel Geld manipuliert, weiß der Zuschauer endlich, warum er vorher achteinhalb Minuten den Eindruck nicht loswurde, dass zwar Fragen aufgeworfen, aber nicht beantwortet wurden, obwohl es Antworten gibt. Ganz offenkundig passten sie nur nicht zum eigentlichen Ziel dieses Beitrages. Auch dafür gibt es eine Antwort.

Offenkundig Rechercheergebnisse für Wunschgeschichte zurechtgestutzt

Das ebenso wie der Autor viel gepriesene „Netzwerk Recherche“, (der Autor stand dem Netzwerk beispielsweise 2014 für ein „Stammtisch“-Gespräch über investigative Recherche zur Verfügung), bietet in seiner „Werkstatt“-Reihe auch ein „Drehbuch der Recherche“ an. Die Autoren des Leitfadens erklären in der Einleitung, dass sie sich im Wesentlichen auf ihr Handbuch „Story-Based Inquiry: A Manual for Investigative Journalists“ aus dem Jahr 2009 gestützt haben. Eine Story-Based Inquiry ist eine Recherche, die im Prinzip mit dem Ende anfängt, also mit einem Wunschergebnis, auf dessen Erreichen die Recherche ausgerichtet wird. Dabei muss man nur darauf achten, dass man im Verlauf der Recherche im Zweifel akzeptiert, wenn Erkenntnisse ein Wunschergebnis nicht decken, sondern zu einer Verdachtsberichterstattung degradieren.

Diesem Prinzip ist ganz offenkundig auch der Autor des hier behandelten Frontal21-Beitrages gefolgt, hat aber ebenso offenkundig nicht akzeptieren wollen, dass seine Recherche-Ergebnisse sein Wunschergebnis nicht decken, eine russische Einmischung in das Brexit-Referendum zu belegen. Warum die Redaktion ihm das durchgehen ließ, muss eben diese Redaktion erklären.

Aussagen und Fakten führen zu keiner echten russischen Spur, aber Russland ist schuldig

Die Machart des Beitrages suggeriert für einen durchschnittlichen Zuschauer, dass die in den ersten achteinhalb Minuten präsentierten Experten und Fakten die am Ende lancierte Mutmaßung: „Warum traf Banks den russischen Botschafter? Kam von dort Geld für die Brexit-Kampagne?“ belegen, untermauern würden. Doch genau das tun sie nicht. Dass es vorher nicht um Russland, sondern um eine dubiose kanadische Firma ging, die in den Brexit eingegriffen hat, das hat der normale Zuschauer in diesem Augenblick schon vergessen. Vor allem hat er vergessen, dass der Autor des Beitrages die selbst gestellte Kern-Frage nicht beantwortet hat, wer hinter dieser ominösen Firma steht. Obwohl diese Frage eindeutig beantwortet werden kann. Aber auch in diesem Fall passte das Recherche-Ergebnis ärgerlicherweise nicht zum Wunschergebnis des Beitrages.

Deshalb der Reihe nach.

ZDF-Autor gibt sich unwissend

Der Beitrag beginnt mit einer keineswegs neuen Erkenntnis: Das Brexit-Referendum wurde mit semi-geheimdienstlichen Methoden durch die vom US-Milliardär Robert Mercer finanzierte Firma „Cambridge Analytica (CA)“ manipuliert, möglicherweise in einem Ausmaß, welches das Endergebnis zweifelhaft erscheinen lässt. Präsentiert wird Martin

Moore, Kommunikationswissenschaftler am Londoner King's College. Moore berichtet, dass eine Firma namens „AggregateIQ“ massiv mit der „Vote Leave“-Bewegung zusammengearbeitet hat:

„Als ich alles zusammenrechnet hatte, zeigte sich, dass fast die Hälfte der Ausgaben an ein Unternehmen ging, von dem ich noch nie gehört hatte: AggregateIQ, ein winzig kleines Unternehmen an der Westküste Kanadas, das, soweit ich das beurteilen konnte, vorher noch nie eine politische Kampagne durchgeführt hatte. Niemand wusste wirklich, wer diese Firma war, sie antwortete nicht mal auf E-Mails.“

Der Autor kommentiert diese Aussage mit zwei Fragen:

„Wer steckte hinter dieser mysteriösen Firma? Warum bekam sie das viele Geld?“

Dann kommt Shahmir Sanni zu Wort, der als Whistleblower eingeführt wird, der für die „Vote Leave“-Kampagne gearbeitet habe.

Weitere Recherche-Ergebnisse, die den ZDF-Beitrag offenbar störten

Hätte der Autor des ZDF-Beitrages wirklich seriös recherchiert, hätte er seine Fragen nicht zu stellen brauchen, denn sein Gesprächspartner Martin Moore arbeitet seit mindestens Oktober 2008 auch für die britische Zeitung „The Guardian“. Zuletzt veröffentlichte Moore dort am 17. März 2019, also zwei Tage vor dem ZDF-Beitrag, den Artikel „Where now for Mark Zuckerberg after his – and our – loss of innocence?“, in dem er sich auch mit dem Skandal um Cambridge Analytica beschäftigt. Als ein Autor, vor allem aber als Medienwissenschaftler, der so lange mit dieser Zeitung und dem Thema verbunden ist, muss Martin Moore eigentlich auch den „Guardian“-Artikel vom 21. Juli 2018, „Shahmir Sanni: ‘Nobody was called to account. But I lost almost everything’“, kennen. Abgesehen natürlich vom preisgekrönten Investigativ-Journalisten des ZDF.

In diesem Artikel präsentierte die Journalistin Carole Cadwalladr die nicht unkomplizierte Geschichte des Whistleblowers Shahmir Sanni. Der war über eine private Verbindung zum Kampagnenchef von „Vote Leave“, Stephen Parkinson, heute Sonderberater von Premierministerin Theresa May, auch mit den anderen großen Namen dieser Kampagne vernetzt, die aber merkwürdiger Weise im ZDF-Beitrag keine Rolle spielen. Zum Beispiel ist das Boris Johnson, britischer Außenminister, der im Beitrag nur im Bild zu sehen ist; er trat wesentlich aggressiver in der „Vote Leave“-Kampagne auf als der ehemalige UKIP-Chef Nigel Farage, der aber natürlich im ZDF-Beitrag zur Rede gestellt wird, weil er, wir ahnen es, „erklärter Fan von Wladimir Putin“ sei.

Wäre der ZDF-Beitrag seriös recherchiert und präsentiert worden, hätte der Autor um die Artikel von Carole Cadwalladr keinen Bogen machen können. Dann aber wäre er nicht bei seinem Wunschziel Russland gelandet. Cadwalladr hatte nämlich vor ihrem Artikel über Shahmir Sanni am 24. März 2018 zusammen mit Mark Townsend einen anderen Artikel im „Guardian“ veröffentlicht: „Revealed: the ties that bound Vote Leave's data firm to controversial Cambridge Analytica.“ In diesem Artikel wird nachgewiesen, wie überaus eng die von Martin Moore erwähnte mysteriöse Firma „AggregateIQ (AIQ)“ mit „Cambridge Analytica (CA)“ vernetzt war – personell und technologisch.

„Aggregate IQ“ ist lange bekannt, nur der ZDF-Autor will es nicht wissen

Der ehemalige CA-Mitarbeiter Christopher Wylie, dessen Enthüllungen im „Guardian“ (Sputnik berichtete) wir es überhaupt zu verdanken haben, dass die miesen Praktiken bekannt wurden, mit denen nicht nur das Brexit-Referendum, sondern auch die Wahl des 45. Präsidenten der USA manipuliert wurden, wird in diesem Artikel unter anderem wie folgt zitiert:

„Although AIQ and Cambridge Analytica appeared separate, the two were bound by a skein of threads so intimate that some Cambridge Analytica staff referred to the Canadian data firm as a 'department' within the company. Wylie said that the two businesses shared the same underlying technology. 'AIQ wouldn't exist without me', he said.“

(Zu Deutsch: Obwohl AIQ und Cambridge Analytica separat auftraten, waren die beiden

durch eine Reihe von Strängen auf so intime Weise verbunden, dass einige Cambridge Analytica-Mitarbeiter als „Abteilung“ innerhalb der kanadischen Daten-Firma bezeichnet wurden. Wylie sagte, dass die beiden Firmen die gleiche Technologie teilten. „AIQ würde nicht ohne mich existieren“, erklärte er.)

Der ZDF-Investigativ-Journalist hätte also die Antworten auf seine Fragen: „Wer steckt hinter dieser mysteriösen Firma? Warum bekam sie das viele Geld?“ kennen können und eigentlich auch kennen müssen. Zumal auch ein Wikipedia-Eintrag zu „Aggregate IQ“ existiert und ein Blick in die Historie dieses Artikels belegt, dass er am 7. April 2018 angelegt wurde und alle wesentlichen Informationen seit dem 31. Oktober 2018 einsehbar sind. Und der Wikipedia-Eintrag verweist ebenfalls auf den erwähnten „Guardian“-Artikel von Carole Cadwalladr.

Fragwürdiger britischer Industrieller muss als Verbindung nach Russland erhalten

Doch offenbar wäre dann das Recherche-Wunschziel des Autors nicht zu erreichen gewesen, Russland zu denunzieren. Folgerichtig musste mit aller Gewalt ein „missing link“ oder die „smoking gun“, wie Investigativ-Journalisten so etwas nennen, gefunden werden. Dafür bietet sich der britische Unternehmer Arron Banks an. Er ist der größte Einzelspender der „Vote Leave“-Kampagne. Er ist ein Zeitgenosse, den man ohne Gewissensbisse als schwierig und schmierig bezeichnen kann. Er ist ein Unternehmer, der freimütig zugibt, dass er auf Etikette keine Rücksicht nimmt, wenn er sich angegriffen oder unangemessen und respektlos behandelt fühlt.

Vor allem aber hatte Arron Banks im Vor- und Umfeld des Brexit-Referendums diverse Treffen mit dem russischen Botschafter in London, Alexander Jakowenko, sowie russischen Unternehmen aus der Gold- und Diamantenbranche. Das gefundene Fressen für Investigativ-Journalisten, die besessen sind von einer russischen Spur im Zusammenhang mit dem Brexit. Der ZDF-Beitrag reiste dazu eigens nach Südafrika, wo Banks Diamantenminen kaufte. Der Beitrag suggeriert, Banks hätte gar keine Mittel für diesen Kauf gehabt und die Minen seien erschöpft.

Zitiert wird dazu der südafrikanische Anwalt Peter O'Sullivan, spezialisiert auf Anti-Korruptionsermittlungen. Er kann allerdings lediglich als Belastungszeuge funktionieren, um das Investment von Banks in Südafrika in Frage zu stellen. Eine russische Spur kann auch der als Forensiker bekannte Anwalt nicht beisteuern. Das ist in dem ZDF-Beitrag die Aufgabe des britischen Tory-Abgeordneten Damian Collins, der Banks im Unterhaus in seiner Eigenschaft als Vorsitzender eines Untersuchungsausschusses befragt hatte.

Britischer konservativer Abgeordneter „belegt“ russische Verstrickung für den ZDF-Autor

Aus der Tatsache, dass Banks in der russischen Botschaft mit dem dortigen Hausherrn und anderen russischen Gästen, auch Unternehmern aus der Gold- und Diamantenbranche, zusammentraf, konstruiert der ZDF-Autor einen Beweis für eine russische Verstrickung in den Brexit, indem er Collins sagen lässt:

„Wenn der größte Spender in der politischen Geschichte Großbritanniens mit dem russischen Botschafter über Gold und Diamantenminen verhandelt, ist das nicht normal. Es ist entscheidend zu wissen, ob Geld, das für Kampagnen in Großbritannien gespendet wurde, aus Geschäften mit den Russen stammt.“

Doch das ist eine grobe Verdrehung dessen, was Arron Banks tatsächlich gesagt hat und was die Zuschauer auch wenige Sekunden vorher sehen und hören konnten, weshalb der Autor eigentlich diesen O-Ton einordnen müsste. Tat er aber nicht. Denn Banks hatte nicht berichtet, dass er „mit dem russischen Botschafter über Gold und Diamanten verhandelt“ hat, wie Collins behauptet. Sondern Banks hatte erklärt, dass er sich mit dem Botschafter und russischen Unternehmern getroffen hat, ein himmelweiter Unterschied. Selbst dann, wenn man einräumt, dass Banks verschiedene Versionen, insbesondere über die Anzahl dieser Kontakte, von sich gegeben hat, und auch wenn verständlich ist, dass sowohl Collins als auch

der ZDF-Autor eine klare Vorstellung davon haben, was sie in Arron Banks sehen. Interessanterweise kommt selbst die derzeit wohl beste Kennerin von Banks im britischen Journalismus, die schon mehrfach erwähnte Carole Cadwalladr, die von Banks aufs Übelste beschimpft wurde, weil sie zu seinen Geschäften und Geschäftspraktiken recherchierte und sich dabei offenbar für seinen Geschmack unangemessen respektlos verhielt, nicht auf die Idee, gegen Banks etwas zu behaupten, was sie nicht belegen kann. In dem „Guardian“-Kommentar vom 3. November 2018, „Threats, bullying, vindictiveness: how Arron Banks repels charges against him“, stellte sie sehr deutlich heraus, welche Verdachtsmomente gegen ihn aus ihrer Sicht bestünden, dass er in inakzeptabler Weise Journalisten und Abgeordnete beschimpft, aber ungeachtet dessen auch für Arron Banks die Unschuldsvermutung gilt.

Der „Saubermann“ Damian Collins

Das sehen der ZDF-Autor und sein Gesprächspartner Damian Collins nachweislich anders. Dabei hätte eine simple Recherche ergeben, dass Collins als Hohepriester für Wahrheitsfindung denkbar ungeeignet ist, abgesehen von seinen grundsätzlichen politischen Motiven. Der Artikel des „Independent“ vom 5. Dezember 2010, „MPs who own London homes still claim rent“, belegt, dass Damian Collins hochnotpeinlich werden kann, wenn es um die Finanzen anderer geht, aber merkwürdige Vorstellungen von Transparenz und Wahrhaftigkeit zu haben scheint, wenn sein eigenes Finanzgebaren zur Debatte steht. Die fadenscheinige Ausrede, die Collins seinerzeit vorbrachte, um die Tatsache zu erklären, dass er vom britischen Steuerzahler fröhlich die Erstattung von 4.350 Pfund Mietkosten für drei Monate forderte, obwohl er eine Wohnimmobilie in der britischen Hauptstadt hat, hätte er Arron Banks mit großer Sicherheit so nicht durchgehen lassen.

Bleibt die Frage, warum ein renommierter Autor bei einem Fernsehmagazin, das einen gewissen Qualitätsstandard für sich reklamiert, einen derart schlampig recherchiert und schwerlich mit journalistischen Qualitätsstandards in Einklang zu bringenden, tendenziösen Beitrag sendet. Die Antwort darauf hat der ZDF-Beitrag ungewollt mitgeliefert. Nigel Farage erklärte darin seine Sicht auf die Aggressivität, mit der gegen das Brexit-Votum und die Menschen, die es trugen, seit Monaten polemisiert wird:

„Sie können einfach das Ergebnis nicht akzeptieren, es passt einfach nicht zu ihrer Weltanschauung. Etwas muss schiefgelaufen sein. Lügen müssen schuld gewesen sein, oder, ja, Russland! Was für eine unglaubliche Kampagne! Aber wissen Sie was? Da draußen in Mittelengland interessiert das niemand.“

Umgekehrt haben sich das ZDF und die hysterischen Russia-Gate-Verfechter in Großbritannien und darüber hinaus weder vor dem Brexit-Votum noch danach für die Menschen in Mittelengland interessiert. Das aber ist nicht die Schuld Russlands. Deshalb sollte das ZDF endlich seine Russophobie ablegen und sich auf das konzentrieren, was bereits unstrittig belegt ist, nämlich die Manipulation des Brexit-Referendums durch eine von einem erzkonservativen US-Milliardär gegründete und finanzierte Firma namens Cambridge Analytica und ihre Partnerfirma AggregateIQ.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32442/02/324420258.jpg>

ukrinform.ua: **Russische Opposition fordert Merkel auf, Nord Stream 2 zu stoppen**

Der Ständige Ausschuss des Forums Freies Russland hat sich mit einem offenen Brief an die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel gewandt, in dem es sie ersucht, die Umsetzung des Projekts Nord Stream 2 zu verhindern.

Der Appell ist auf der Webseite der Organisation veröffentlicht.

„Wir, die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Forums freies Russland, appellieren an Sie, die Umsetzung des Projekts Nord Stream 2 zu verhindern... Das Projekt Nord Stream 2 stellt eine Bedrohung für die globale Sicherheit dar, da es mit hohen politischen, sozialen, ökologischen und klimatischen Risiken verbunden ist“, heißt es in dem Appell.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Moskau: Schwelle zum Atomkrieg sinkt**

Das russische Außenministerium teilt die Einschätzung der Nato, dass die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen abgesenkt wird, sieht die Schuld jedoch bei den USA.

„Es ist die neue Strategie der USA, die die Schwelle für die Anwendung von Atomwaffen senkt. Denn sie verwischt die Trennlinie zwischen einem nationalen Konflikt und einem Konflikt unter Einsatz von Atomwaffen“, sagte der russische Vize-Außenminister Alexander Gruschko am Donnerstag.

Damit kommentierte der ehemalige russische Nato-Botschafter die Aussage des jetzigen Generalsekretärs des nordatlantischen Militärbündnisses Jens Stoltenberg. Dieser hatte Russland im Februar vorgeworfen, mit seinem neuen Marschflugkörper 9M729 (Nato-Bezeichnung: SSC-8) die Schwelle zu senken, Kernwaffen in einem Konflikt einzusetzen. Nach russischen Angaben verstößt dieser Marschflugkörper jedoch gegen keinerlei Verträge. Hinzu komme, dass die USA ihre Freifallbomben in Europa modernisieren, ihre Sprengkraft und Präzision erhöhen, und auch neue Waffensysteme bauen, die von ihrer Wirkung her den Atomwaffen nahekämen, sagte Gruschko. „Auch das senkt die Atomwaffen-Schwelle ab.“ Im russischen Strategiekonzept hingegen komme eine Anwendung von Atomwaffen nur dann in Frage, wenn es eine Bedrohung für die Existenz des Staates gebe bzw. wenn eine solche Bedrohung entstehe, betonte der russische Vize-Außenminister.

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 21.03.2019**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **siebenmal das Regime der Feueereinstellung**

verletzt. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von fünf Ortschaften der

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 93. mechanisierten und der 57. Panzergrenadierbrigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Bryshinskij und Mischantschuk aus **Jasinowataja, Jakowlewka, Wasiljewka** und die **Siedlung des Abakumow-Bergwerks** mit Mörsern der Kaliber 120mm und 82mm, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Dabei wurde **ein Soldat der Volksmiliz tödlich verletzt.**

Heute um 9:20 Uhr haben die bewaffneten Formationen der Ukraine das Feuer mit Schützenpanzerwaffen auf **Trudowskije** eröffnet.

Nach dem Beschuss des Geländes der allgemeinbildenden Mittelschule Nr. 116 wurden zwei nicht detonierte Geschosse gefunden. Der Unterricht wurde eingestellt, die Schüler sind evakuiert.

Inzwischen haben Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR die nicht detonierten Geschosse entschärft.

Durch erwidertes Feuer wurden die **Feuerstellungen des Gegners unterdrückt. Die Verluste unter den Soldaten der 93. mechanisierten Brigade betragen einen Toten – der Soldat S.W Woloch – und einen Verletzten – der Unterfeldwebel K.S. Fisenko. Die Verluste der 57. Brigade betragen einen Toten – der Unterfeldwebel S.W. Lisjuk.** Ich will diese Information dem Kommando der BFU bekannt geben und erklären, dass wenn „heißblütige ukrainische Kommandeure“ ein weiteres Mal beschließen, in Richtung der Republik zu schießen, die erwidernde Reaktion unverzüglich erfolgen wird. Wie auch im Fall des Beschusses der allgemeinbildenden Schule Nr. 77 in Golmowskij am 19. März. Infolge des erwiderten Feuers werden zwei Soldaten des Regiments „Asow“ nie wieder Waffen gegen friedliche Bürger richten können.

Heute ist im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ ein Arbeitsbesuch einer Delegation der Regierung der Ukraine geplant, bei dem geplant ist, die 93. mechanisierte Brigade zu besuchen, es ist nicht ausgeschlossen, dass die Arbeit dieser Kommission im Rahmen des Wahlkampfes zur Erhöhung des Ratings des derzeitigen Präsidenten der Ukraine stattfindet. Zur Kommission gehören: der Minister für Fragen der zeitweilig besetzten Territorien und interne Vertriebene W. Tschernysch und leitendes Personal zentraler Organe der ausführenden Staatsgewalt.

In diesem Zusammenhang wird im Gebiet von Awdejewka durch eine Gruppe zur technischen Versorgung der Brigade eine Entminung der Örtlichkeit von alten Minenfeldern und nicht detonierten Geschossen durchgeführt. Nach uns vorliegenden Informationen wird die Arbeit der oben genannten Kommission breit in den Massenmedien veröffentlicht werden.

Technische Kräfte der 93. Brigade werden nicht detonierte Geschosse und Folgen von Beschuss demonstrieren.

Die militärisch-politische Führung der Ukraine nutzt weiter die kritische humanitäre Lage in Awdejewka als Hintergrund, um der internationalen Gemeinschaft und der Bevölkerung der Ukraine sogenannte Zeugnisse der „russischen Aggression“ zu demonstrieren.

de.sputniknews.com: **Stammt Russland von der Ukraine ab? Historiker Hildermeier klärt auf**

Liudmila Kotlyarova

Russland und Weißrussland sollen ihre Entstehung als Staaten der Abtrennung von der Ukraine als der „Erbin der Kiewer Rus“ verdanken. Das behaupten zumindest ukrainische Spitzenpolitiker in ihren Artikeln. In einem Sputnik-Gespräch sagt der prominente Historiker Manfred Hildermeier, was er von der Behauptung hält.

„Die Ukraine-Rus hatte nicht nur Privilegien vom Christentum erhalten, sondern auch der

Kirche Christi, Europa und der ganzen Welt viel gegeben. Nach der Taufe der Rus in Kiew breitete sich das Christentum auf die verbliebenen ostslawischen Stämme nördlich und östlich der Kiewer Rus aus, wo einige Jahrhunderte später das heutige Weißrussland und Russland entstanden“, hat kürzlich der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin in einem Artikel für die spanischsprachige Zeitung „Observador“ geschrieben. Er nannte die Ukraine außerdem „die Erbin der Kiewer Rus“ und führte die Entstehung Russlands damit auf die „Abtrennung von der Ukraine“ zurück.

„Dies zu glauben wäre es so, als würde man behaupten, Deutschland stamme vom fränkischen Reich Karls des Großen ab. Es hat im frühen und hohen Mittelalter gar keine Ukraine gegeben“, kommentiert Manfred Hildermeier, renommierter Historiker und Buchautor, gegenüber Sputnik. Seine Forschungsschwerpunkte sind die russische Geschichte des 17. bis 20. Jahrhunderts und die Geschichte der Sowjetunion, aber auch das Mittelalter.

„Die Ukraine bildete sich seit dem 14. Jahrhundert als südwestlicher Randbezirk des Moskauer Reiches im Übergang zu Polen-Litauen und dem Gebiet der Krimtataren“, sagt Hildermeier weiter. Letzteres sei damals noch größer gewesen, habe über das Schwarze Meer nach Norden hinausgereicht, mit den Kosaken als einer Art von Grenzbauern und Grenzkriegern. Im Laufe von zwei Jahrhunderten sei dann die Ukraine als eine eigene Region entstanden. „Diese Region hat sich dann im 17. Jahrhundert in einen östlichen Teil, der sich dem Zarenreich anschloss und religiös und sprachlich russisch war, und in einen westlichen Teil, der zu Polen-Litauen gehörte und immer stärker westlich orientiert war, gespalten. Diese Art von Spaltung ist bis heute noch ein großes Problem der Ukraine“, sagt der Experte. Richtig an der Geschichte Pawel Klimkins sei nur, dass die ukrainische Geschichte genauso wie die Russlands im Kiewer Reich im 9. Jahrhundert begonnen habe, wo am Ende des 10. Jahrhundert dann die bekannte Taufe zum orthodoxen Christentum stattgefunden habe, betont der Historiker. Seit dem 13. Jahrhundert habe es einen Neuanfang in Zentralrussland gegeben, verursacht durch eine Migration der Bevölkerung nach Norden und die Verlagerung der großfürstlichen Residenz nach Wladimir und Susdal 1157.

„Die Groß-Ukraine wurde erst in der Sowjetunion begründet“

Klimkin betonte unter anderem das „historische Trauma“ der Ukraine als Teil der Sowjetunion. Hat denn Moskau die ukrainische Staatlichkeit in den Zeiten der Sowjetunion so stark eingeschränkt? Darauf entgegnet Hildermeier: „Die Ukraine im Sinne des großen Flächenstaates ist eigentlich erst nach dem Bürgerkrieg 1922 begründet worden als Ukrainische-Sozialistische Republik und Teil der neuen Sowjetunion“. Die Ukraine in einem regionalen Sinne sei immer weiter westlich und südlich von Kiew und dem Dnepr-Knie gelegen und nicht so groß gewesen. Sie habe die östlichen Gebiete wie Donezk oder Lugansk nicht umfasst. Die Ukraine umfasste „auch nicht die Region am Nordrand des Schwarzen Meeres, die seit der Eroberung des Tataren-Khanats im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts als Noworossija oder Neurusland bekannt war“.

Auch die Krim sei historisch gesehen tatarisch-russisch gewesen, so der Historiker, sei als Kern des letzten Tatarenkhanats nach der Einverleibung 1783 dann russisch besiedelt worden, wobei Katharina II. die tatarische Bevölkerung anerkannte und sogar ihren Adel integrierte; erst Stalin hat sie sogar deportiert. „Ukrainisch im historisch-regionalen Sinn ist die Krim nie gewesen“, so Hildermeier weiter. „Nikita Chruschtschow konnte die Krim 1954 in Erinnerung an den Vertrag von Perejaslaw 1654, als die Ostukraine sich dem Zarenreich anschloss, einfach der Ukraine schenken, weil die Politik ohnehin in Moskau bestimmt wurde“.

„Terroristen wie Stepan Bandera sollte man nicht unbedingt zum Nationalhelden machen“

Laut Horst Teltschik, Berater des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl, liegt einer der großen Fehler des Westens darin, dass die Europäer und die Amerikaner die besondere Verbindung zwischen Russland und der Ukraine nicht berücksichtigt hatten. Ob der Historiker Hildermeier da zustimmen würde?

„Man hätte das bedenken sollen und vielleicht in der einen oder der anderen Form regulieren sollen“, sagt er. „Man darf aber auch nicht vergessen, dass die staatliche Verselbstständigung der Ukraine 1991 von der Ukraine, Boris Jelzin und Weißrussland ausging, die die Sowjetunion praktisch auflösten. Das war eine Bewegung aus der zerfallenden Sowjetunion heraus. Es ist nicht von außen gesteuert worden“.

Ob Hildermeier keine gefährlichen nationalistischen Tendenzen in der Ukraine sieht, die zugleich mit dem Versuch entstehen, die eigene Geschichte zu konstruieren? „Alle neuen Staaten“, merkt Hildermeier dazu an, „haben eine ausgeprägte nationalistische Tendenz“, auch Russland sowohl in den 90ern als auch besonders unter Wladimir Putin. Er sehe keine nachlesbare Diskriminierung der russischen Sprache oder derjenigen in der Ostukraine, die sich immer noch mit Russland verbunden fühle. Ob er selbst die Verkündung des umstrittenen Nationalisten Stepan Bandera zum Nationalhelden für sinnvoll hält? „Terroristen wie Bandera sollte man nicht unbedingt zum Nationalhelden machen. Es war auch ein Fehler, ihm ein Denkmal im Westen der Ukraine zu setzen. Bandera eignet sich sicher nicht als Leitfigur eines neuen ukrainischen Staates“, merkt der Historiker an.

Der ukrainische Nationalist Stepan Bandera war unter anderem als ein bekennender Antisemit und NS-Kollaborateur bekannt. Die Region Lwiw begeht das Jahr 2019 übrigens als Bandera-Jahr.

Lug-info.com: Die Teilnehmer des in Lugansk stattfindenden internationalen Forums „Die Ideologie der russischen Welt und der Aufbau der Weltanschauung der Zivilgesellschaft auf dem Territorium des postsowjetischen Raums“ haben heute an einem Runden Tisch den **Entwurf eines Manifests des Volkes der LVR** beschlossen.

Teilnehmer des Runden Tisches waren Experten aus der RF, Vertreter aus Ministerien und Behörden der LVR, Abgeordnete des Volkssowjets, gesellschaftliche Aktivisten, Wissenschaftler und Studenten Lugansker Hochschulen.

„Das Manifest ist das Ergebnisdokument des Forums. Es bringt den grundlegenden Sinn der Identität der Einwohner der LVR und der russischen Welt im Ganzen zum Ausdruck. Das Manifest erklärt die grundlegenden, wichtigsten Werte unserer Identität. Und auf Basis der Werte, so hoffen wir, wird sich die humanitäre Politik unseres Staats entwickeln und durchgeführt werden, es soll die Grundlage für die Erziehung in den Bildungseinrichtungen der Republik sein“, sagte der Moderator des Runden Tisches, der Rektor der Lugansker staatlichen Matusowskij-Akademie für Kultur und Künste Walerij Filippow.

Er fügte hinzu, dass der Entwurf des Manifests gestern in der Plenarsitzung und drei Diskussionsgruppen diskutiert wurde. ...

„Die Idee des Manifests ist aufgekommen, als wir Fragen erörtert haben, die mit der Realisierung verschiedener Bildungsprogramme, Programme zur patriotischen Erziehung zusammenhängen. Das sind die Programme, die zur Erziehung einer neuen Generation führen und zur Klärung der Weltanschauung nicht nur der Einwohner der LVR, sondern möglicherweise wird auch die Weltgemeinschaft darüber nachdenken“, sagte der Minister für Kultur, Sport und Jugend der LVR Dmitrij Sidorow.

Er fügte hinzu, dass „wenn man von den Werten der russischen Welt spricht, über unsere ostslawische Identität, über Prinzipien und Traditionen, ist es sehr wichtig daran zu erinnern, dass es in den letzten 100 Jahren oft Änderungen von Begriffen, historischen Fakten gegeben hat, sie wurden unterschiedlich beurteilt.

„Unverändert blieben immer traditionelle Dinge, unsere Werte, das von wo aus im Grunde unser Volk begonnen hat“, unterstrich der Minister.

Der Entwurf des Manifest enthält sieben grundlegende Thesen:

- Hauptwert und Sinn der LVR sind das Volk und jeder Mensch;
- das Volk der LVR ist ein nicht abtrennbar und organischer Teil der russischen Welt;
- das Volk der LVR erkennt als fundamentales Prinzip seines Staates das Prinzip der

Kontinuität der Generationen an. Gerade die Kontinuität der Generationen erlaubt es einer Gesellschaft sich nachhaltig zu entwickeln, ihre Identität zu erhalten;

- das Volk der LVR ist ein Volk von Werktätigen. Die Arbeit ist ein Ehrenrecht und eine Sache der Ehre für jeden Menschen;
- das Volk der LVR ist ein Volk, das das Gute liebt. Dies bedeutet ein Leben nach dem Gewissen und zum Wohl des Vaterlands, es ist die Priorität der Beziehungen zwischen Menschen, die auf Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe gegründet sind;
- die LVR ist ein multinationaler und deshalb multikultureller Staat, der auf der Idee des Patriotismus und dem orthodoxen Glauben beruht, ohne andere Gläubige herabzusetzen und zu verfolgen;
- Patriotismus ist die Liebe zu unserer Republik, zu unserem ganzen Volk, es ist das Recht und die Verpflichtung, unsere Heimat zur entwickeln und zu verteidigen, die Ablehnung und Verurteilung von Nationalismus in allen Formen und Erscheinungen;
- das Volk der LVR ist ein friedliebendes Volk. Wir haben entschieden versucht das Aufkommen jeglicher Konflikte zu verhindern, vor allem militärischer, und werden das weiter tun.

„Wir planen, dass der heute von den Teilnehmern des runden Tisches beschlossene Entwurf eines Manifests von der Öffentlichkeit der Republik auf verschiedenen Foren diskutiert wird, gesondert zu jeder These, im Verlauf des ganzen Jahr 2019“, sagte Sidorow.

„Es ist sehr wichtig, dass dieses Dokument dann in die gesellschaftliche Kammer beim Oberhaupt der LVR gelangt, um auch dort erörtert zu werden. Denn damit dieses Manifest tatsächlich ein humanitäres Manifest der Republik wird, muss das ganze Volk darüber sprechen, ihm Sinn, Ideen und Ideale geben“, unterstrich der Minister.

de.sputniknews.com: **Nord Stream 2: Wintershall-Chef zu Resolution des Europaparlaments zum Baustopp**

„Die Mehrheit (bei der Abstimmung für die Resolution im Europaparlament – Anm. d. Red.) wird immer weniger. Ich frage mich, wie die Initiatoren weiter abstimmen werden, wenn sie am Ende verlieren. Die Resolution hat keine Bedeutung für die weitere Umsetzung des Projekts Nord Stream 2“, sagte Mehren auf einer Pressekonferenz.

Am 12. März war berichtet worden, dass das Europaparlament bei einer Plenarsitzung in Straßburg eine Resolution zum Verhältnis zwischen der EU und Russland verabschiedet hatte. Das Dokument enthielt Vorschläge zum Baustopp der Gasleitung Nord Stream 2 sowie zur Einschränkung von Russlands Zugang zu Finanzen. Die Resolution rief die EU außerdem dazu auf, die Erweiterung von Sanktionen gegen Einzelpersonen zu erwägen sowie Moskau nicht mehr als strategischen Partner zu betrachten.

Der entsprechende Resolutionsentwurf war zuvor von der lettischen Europaabgeordneten Sandra Kalniete eingebracht worden.

Das Projekt Nord Stream 2 sieht die Verlegung von zwei Strängen von der russischen Küste auf dem Grund der Ostsee bis zur Küste Deutschlands parallel zur bereits bestehenden Pipeline Nord Stream vor. Die geplante Durchsatzkapazität beträgt insgesamt 55 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr. Der Leitung verläuft im Territorialgewässer von Deutschland, Finnland, Schweden und Russland.

Einige Länder, vor allem die Ukraine, protestieren gegen das Gasprojekt. Kiew befürchtet, nach Fertigbau der Pipeline um die Einnahmen aus dem Transit von russischem Gas durch das Territorium der Ukraine gebracht zu werden. Lettland, Litauen und Polen erklären, dass Nord Stream-2 ein „politisches Projekt“ sei.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32420/29/324202908.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine heute um 13:40 Uhr das Feuer in Richtung **Siedlung des Isotow-Bergwerks in Gorlowka** mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröffnet.

Dabei wurde die Verglasung einer Wohnung in der Stoshka-Straße 139, Wohnung beschädigt. Durch glücklichen Zufall wurde niemand verletzt.

ukrinform.ua: **Neue Sanktionen der Ukraine gegen Russland in Kraft getreten**

Der Erlass des Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko, Nr. 82/2019 über die Inkraftsetzung des Beschlusses des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine vom 19. März 2019 „Über die Anwendung, den Widerruf und die Vornahme von Änderungen persönlicher spezieller wirtschaftlicher und sonstiger restriktiver Maßnahmen (Sanktionen)“ ist in Kraft getreten.

Der entsprechende Text der Verordnung des Präsidenten wurde in der Parlamentszeitung „Stimme der Ukraine“ veröffentlicht.

Wie Ukrinform berichtete, hat der Präsident Petro Poroschenko den Beschluss des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine vom 19. März 2019 „Über die Anwendung, den Widerruf und die Vornahme von Änderungen persönlicher spezieller wirtschaftlicher und sonstiger restriktiver Maßnahmen (Sanktionen)“ in Kraft gesetzt.

So wurden auf Initiative des Ministerkabinetts der Ukraine, des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) und der Nationalbank der Ukraine (NBU) Sanktionen gegen 294 juristische und 848 natürliche Personen verhängt.

Nach Angaben des Sicherheits- und Verteidigungsrats umfassen die Sanktionslisten natürliche und juristische Personen, die am Bau der Verkehrsverbindung über die Straße von Kertsch, an dem bewaffneten Angriff und der Festsetzung ukrainischer Militärboote sowie an der rechtswidrigen Inhaftierung ukrainischer Matrosen beteiligt waren.

Außerdem erstrecken sich die Sanktionen auf Personen, die die Pseudowahlen in den vorübergehend besetzten Gebieten Donezk und Lugansk sowie auf der Halbinsel Krim organisiert, zu ihrer Durchführung beigetragen und demonstrativ gegen die ukrainische Gesetzgebung bezüglich der Ein- und Ausreise auf/aus dem vorübergehend besetzten Gebiet der ukrainischen Krim verstoßen haben, Verlagsprodukte mit anti-ukrainischem Inhalt vertreiben, illegal die Museumssammlung der Ukraine erhalten oder benutzen.

Die Sanktionen wurden auch gegen die Führer des Föderationsrates der Föderativen

Versammlung der Russischen Föderation und die Abgeordneten der Staatsduma der Russischen Föderation verhängt.

mil-lnr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **13-mal das Regime der Feueinstellung verletzt**. Der Hauptteil des Beschusses des Territoriums des Republik erfolgte von den Positionen der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte. Auf Befehl des Kriegsverbrechers Majstrenko wurden die Umgebungen von **Moldjoshnoje, Kalinowo-Borschtschewatoje, Perwomajsk** und **Solotoje-5** mit 122mm-Artillerie, 120mm-Mörsern, Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

Von den Positionen der 10. Gebirgsturbrigade der ukrainischen Streitkräfte wurden die Umgebungen von **Frunse** und **Smeloje** mit Mörsern sowie Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen. Den Befehl zur Durchführung des Beschusses erteilte der Kriegsverbrecher Subanitsch.

Außerdem wurden **Losowoje** und **Kalinowo** von den Positionen der 30. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte, deren Kommandeur der Kriegsverbrecher Garas ist, aus mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen und Granatwerfern beschossen.

Unruhig war es in **Richtung Staniza-Luganskaja**. Von den Positionen der 25.

Luftlandebrigade der ukrainischen Streitkräfte aus wurden die Umgebungen von **Wesjoloaja Gora** und **Obosnoje** mit 120mm-Mörsern beschossen. Den Befehl zur Durchführung des Beschusses erteilte der Verbrecher Sentschenko.

Insgesamt wurden **mehr als 300 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert**, davon 97 mit einem Kaliber über 100mm.

Das **Niveau der Kriminalität in den Einheiten der Besatzungskräfte steigt weiter**. Im Zusammenhang damit hat im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ eine Kommission des militärischen Rechtsordnungsdienstes der ukrainischen Streitkräfte mit der Arbeit begonnen, Ziel ist die Überprüfung des Zustands der militärischen Disziplin. Im Ergebnis der Arbeit wurden bis heute zahlreiche Fälle nicht ordnungsgemäßer gegenseitiger Beziehungen, Alkohol- und Drogenkonsum entdeckt, außerdem wurden 15 Fälle von eigenmächtigem Verlassen des Truppenteils festgestellt.

Am meisten hat sich der 54. mechanisierte Brigade ausgezeichnet, in der wegen der nachlässigen Erfüllung der Pflichten durch den Brigadekommandeur Majstrenko von der Kommission zwölf Strafverfahren bezüglich eigenmächtigem Verlassen des Dienstortes aufgenommen wurden und drei, weil Soldaten zum Selbstmord getrieben wurden.

Der Führung des Stabs der OOS wurde zur Erörterung übergeben, ob der Brigadekommandeur Majstrenko seiner Funktion entspricht.

Auch die Maßnahmen zur Gewährleistung des Wahlkampfs in der ukrainischen Armee haben keinen positiven Einfluss auf das Niveau des Vertrauens des Personals zu ihrem Kommando. Nach uns vorliegenden Informationen hat die Finanzabteilung des Verteidigungsministeriums im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine die Aufgabe erhalten, dem höheren kommandierenden Personal der ukrainischen Streitkräfte Prämien in Höhe des Dreifachen des Monatssolds auszuzahlen. Ich möchte anmerken, dass der monatliche Sold von Generälen der ukrainischen Streitkräfte mit allen Zuschlägen etwa eine halbe Million Griwna beträgt. Und dies vor dem Hintergrund dessen, dass der Sold von Soldaten, die an der Strafoperation im Donbass beteiligt sind, nicht mehr als 12.000 Griwna beträgt. Ich wende mich an die ukrainischen Soldaten, dass sie darüber nachdenken, wie die Versprechungen zur Erhöhung des Soldes mit folgender Einschränkung einzuschätzen sind: nach den Wahlen. Während seiner Regierung des Landes hat er außer Versprechungen nichts Wesentliches geleistet.

de.sputniknews.com: **Kiew fürchtet Stopp von russischem Gastransit – Experte gibt beruhigende Erläuterung**

Das ukrainische Gasversorgungsunternehmen Naftogaz hat Besorgnis über einen Stopp des Transports von russischem Gas durch die Ukraine geäußert. Wie Naftogaz-Chef Andrej Kobolew gegenüber dem Portal RBC-Ukraine sagte, habe Gazprom damit begonnen, die Partner offiziell über die Einstellung des Gastransportes durch die Ukraine zu benachrichtigen.

Dabei hat sich die russische Seite wiederholt bereit erklärt, die ukrainische Gastransportroute beizubehalten, wenn diese wirtschaftlich vorteilhaft sein sollte.

Laut Kobolew wird das von ihm geleitete Unternehmen am 1. Januar 2020 die Leitung des Gastransportsystems an einen unabhängigen Betreiber übertragen, der einen Transitvertrag mit Gazprom unterzeichnen werden müsse.

„Entweder wird Gazprom den Vertrag unterzeichnen, wobei die Frage der Entwertung des Gastransportsystems automatisch aus unserer Klage gestrichen wird, oder Sie werden, entschuldigen Sie, dies entschädigen müssen“, so Kobolew.

Naftogaz hatte bereits früher gedroht, bei einem Arbitragegericht Entschädigung für einen unvollständigen Investitionsrückfluss zu fordern.

Kobolew sagte ferner, Kiew werde sich im Voraus mit Brennstoffen versorgen müssen, sollte der Gastransit durch die Ukraine eingestellt werden.

Laut dem unabhängigen russischen Energieexperten Nikolai Chrenkow betrifft die angekündigte Einstellung des Gastransportes durch die Ukraine den bulgarischen Partner. „... Denn Bulgarien wird in einem Jahr Gas über Turkish Stream beziehen ... Eben dafür werden die Pipelines Nord Stream 2 und Turkish Stream verlegt.“ Der Experte merkte zugleich an, dass sich die Situation nach dem 31. Dezember 2019, an dem der aktuelle Vertrag mit der Ukraine abläuft, verändern wird.

Es gebe vorerst keinen neuen Vertrag, so Chrenkow. „Es ist auch unklar, auf welcher Grundlage und auf welche Weise Gazprom Gas durch das ukrainische Territorium liefern soll, solange es keinen Transitvertrag gibt. Die Ukrainer sind sich dessen bewusst, sie sind nervös und heizen die Atmosphäre an, um günstigere Bedingungen für sich auszuhandeln ... Selbstverständlich versuchen sie, die Europäer gegen Gazprom aufzubringen, damit die Europäer ihre Interessen schützen“, so der Experte.

Die Frage der Transit-Fortsetzung durch die Ukraine war bei trilateralen Treffen von Vertretern Russlands, der Ukraine und der EU-Kommission besprochen worden. Das bisher letzte solche Treffen fand im Januar in Berlin statt. Die Europäische Kommission schlug vor, einen auf mehr als zehn Jahre befristeten Vertrag zu unterzeichnen und attraktive Bedingungen für Investoren zu schaffen, die an der Modernisierung des ukrainischen Gastransportsystems teilnehmen könnten. Jedoch wurde keine Einigung darüber erzielt. Das Gespräch soll im Mai fortgesetzt werden.

abends:

de.sputniknews.com: **US-Bomber nahe russischer Grenze: Kreml nimmt Stellung**

US-Bomber, die in der Nähe der russischen Grenze beobachtet wurden, schaffen laut dem Kreml-Sprecher Dmitri Peskow zusätzliche Spannungen.

„Aus militärtaktischer Sicht können wahrscheinlich nur unsere Militärspezialisten einen Kommentar geben, und ich bin sicher, dass sie es tun werden. Im Allgemeinen werde ich nur sagen, dass solche US-Maßnahmen natürlich nicht zur Stärkung der Sicherheitsatmosphäre und Stabilität in der direkt an Russland grenzenden Region führen“, so Peskow.

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten drückte sein Bedauern über solche Handlungen Washingtons aus.

Zuvor am Donnerstag hatte Russlands Verteidigungsministerium ein Video veröffentlicht, das zeigt, wie zwei russische Su-27-Kampffjets einen strategischen US-Bomber B-52H begleiten. Am 15. März hatte Russlands Verteidigungsministerium mitgeteilt, dass eine B-52 der US Air Force über die neutralen Gewässer der Ostsee parallel zu den Hoheitsgewässern der Russischen Föderation geflogen sei.

Zuvor hatte der TV-Sender CNN berichtet, dass die USA sechs B-52-Bomber nach Europa geschickt hätten.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31915/51/319155151.jpg>

de.sputniknews.com: **Russisches Außenministerium zu Urteil gegen Karadžić**

Dem russischen Außenministerium zufolge ist während der Sitzung des Sondertribunals (MICT) zum Verfahren des Ex-Anführers der bosnischen Serben, Radovan Karadžić, das rechtswidrige Vorgehen der Nato-Länder während der Militäration im Raum des ehemaligen Jugoslawiens absichtlich ausgeklammert worden.

„Mit Absicht sind die rechtswidrigen Handlungen der Nato-Länder während der Militäration im Raum des ehemaligen Jugoslawiens ausgeklammert worden. Obwohl gut bekannt ist, dass die Maßstäbe der Opfer unter der Zivilbevölkerung, der Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur infolge dieser Aktionen bis hin zur Verschmutzung vieler Regionen durch abgereichertes Uran sehr bedeutsam sind“, teilte das Department für Information und Presse beim Außenministerium mit.

Karadžić ist am Mittwoch zur lebenslangen Haft wegen zehn von elf Punkten der Anklage für diverse Verbrechen in Bosnien und Herzegowina gegen Moslems und Kroaten in den Jahren 1992-1995 verurteilt worden. Damit hat die Anfechtungskammer des MICT das Urteil von 2016 für ihn verschärft, als der Ex-Anführer der bosnischen Serben zudem der ethnischen Säuberungen, der Massenausweisung von Menschen und des Völkermords in Srebrenica für schuldig erklärt und zu 40 Jahren Haft verurteilt wurde. Das Urteil von 2016 wurde sowohl von der Anklage, die für den Angeklagten eine lebenslange Haft verlangte, als auch von der Verteidigung, die für ihn Rechtfertigung forderte, angefochten. Karadžić hat seine Schuld nicht eingestanden.

de.sputniknews.com: **Libanons Präsident will mit Putin Lage in Nahost besprechen**

Der libanesischer Präsident Michel Aoun kommt am Montag zu einem zweitägigen Besuch nach Moskau. Er wolle Kriegsfolgen im Nahen Osten, Probleme der Christen in der Region, das Problem Jerusalems und die Entwicklung der Beziehungen zu Russland ansprechen, sagte Aoun am Donnerstag in einem Journalistengespräch in Beirut.

Es handelt sich um seinen ersten offiziellen Besuch in Russland. Mit Präsident Wladimir Putin wolle er insbesondere die bilateralen Kontakte in Handel, Wirtschaft und Kultur

erörtern, sagte der libanesische Staatschef.

Im laufenden Jahr begehen Russland und der Libanon den 75. Jahrestag der Aufnahme ihrer diplomatischen Beziehungen. In diesem Zusammenhang sind zahlreiche Veranstaltungen geplant. Am vergangenen Mittwoch wurde in Beirut ein Wirtschaftsforum eröffnet, an dem russische und libanesische Geschäftsleute teilnehmen. Parallel dazu startete in der libanesischen Hauptstadt ein Festival russischer Filme.

Der russische Gaskonzern NOVATEK nimmt gemeinsam mit der französischen Total und der italienischen Eni an einer Ausschreibung der libanesischen Regierung zur Erschließung von Öl- und Gasfeldern auf dem libanesischen Mittelmeer-Festlandssockel teil.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32443/25/324432545.jpg>

de.sputniknews.com: **Ungarn rechnet 2021 mit Gas aus der Pipeline Turkish Stream**

Ungarn rechnet damit, erstes Gas aus der Pipeline Turkish Stream in der zweiten Jahreshälfte 2021 zu erhalten. Das sagte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó in einem am Donnerstag ausgestrahlten Interview des russischen TV-Senders Rossiya 24.

„Je mehr Gasleitungen, desto besser. Für uns sind neue Lieferrouten sehr wichtig. Eben deshalb kooperieren wir mit unseren bulgarischen und serbischen Kollegen“, sagte der Minister.

„Wir sind bereits mehrmals zusammengetroffen, um den Terminplan der Arbeiten abzustimmen. Nach aktuellem Stand der Dinge dürfte erstes Gas in der zweiten Hälfte 2021 nach Ungarn fließen. Dazu sind alle Chancen vorhanden“, sagte Szijjártó.

Turkish Stream besteht aus zwei Strängen mit einer Durchsatzkapazität von je 15,75 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr. Der Unterwasserteil der Leitung wird etwa 930 Kilometer lang sein. Die Pipeline führt von der russischen Schwarzmeerstadt Anapa zur Ortschaft Kıyıköy im türkischen Thrakien. Das durch den ersten Strang zu transportierende Gas ist ausschließlich für die Türkei bestimmt. Der zweite Strang soll laut ursprünglichen Plänen bis zur Grenze zwischen der Türkei und der EU verlängert werden.

Für den Bau des Unterwasserteils der Pipeline, mit dem am 7. Mai 2017 begonnen wurde, ist die 100-prozentige Gazprom-Tochter South Stream Transport B.V. zuständig.

Indes ist der Endpunkt der Gasleitung noch nicht festgelegt. Russlands Energieminister Alexander Nowak zufolge bevorzugt die russische Seite eine Verlängerung nach Bulgarien und Österreich. Im Gespräch ist auch die Variante via Griechenland nach Italien.

Abzweigungen sollen auch nach Serbien und Ungarn gebaut werden. Alle interessierten Länder bauen jetzt ihre Gastransportnetze aus.